

Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Jugend und Familie

Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.

Reihe Bund 2012/6

Die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) konnte die Eigenkapitalquote im Zeitraum 2006 bis 2010 von rd. 11 % auf rd. 14 % steigern. Der Personalstand stieg von 731,0 auf 774,8 Vollbeschäftigungsäquivalente; es fehlten allerdings in den Bereichen Verwaltung des Immobilienvermögens und Facility Service Kennzahlen für die Personalsteuerung. Die Gebäudemietflächen erhöhten sich in diesem Zeitraum von rd. 6,8 Mio. m² auf rd. 7,0 Mio. m². Gleichzeitig verringerte die BIG den Anteil der leerstehenden Gebäudemietflächen von rd. 4,7 % auf rd. 3,6 %. Längerfristig leerstehende Objekte unterlagen keiner systematischen Evaluierung der Objektstrategie.

Der BIG fehlte eine rollierende mehrjährige Wirtschaftsplanung zur Verfolgung mittelfristiger Ziele.

Empfehlung		umgesetzt	zugesagt	offen
BMWfJ				
1	Grundsatzentscheidung über die mittel- bis langfristige Ausrichtung der BIG im Einvernehmen mit dem BMF	X		
Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.				
2	Möglichst quantitative Formulierung der Zielvorgaben sowie Evaluierung der daraus abgeleiteten Maßnahmen	X		
3	Vorlage einer mehrjährigen, rollierenden Wirtschaftsplanung zur Genehmigung durch den Aufsichtsrat	X		
4	Anführung sämtlicher Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder im jeweiligen Corporate Governance Bericht; Berücksichtigung der Regeln des Österreichischen Corporate Governance Kodex bezüglich Interessenkonflikten bei Organfunktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in anderen Gesellschaften			X
5	Regelmäßige Evaluierung der Sicherungsgeschäfte während der Laufzeit	X		

Empfehlung		umgesetzt	zugewagt	offen
6	Übertragung der Finanzierung der BIG auf die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur bei einer Neuregelung der Europäischen Berechnungsmethoden für die Staatsschulden			X
7	Besorgung von Treasury-Geschäften sowie Beratung der BIG durch die ÖBFA			X
8	Einbeziehung des mittel- bis langfristigen Aufwands für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in die Bewertung der Objekte			X
9	Zügige Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung von Objektstrategien		X	
10	Auswertung der Ergebnisse der Einzelbewertungen im Rahmen der Matrixanalysen		X	
11	Bereinigung der mehrfachen Berücksichtigung von Kosten im Rahmen der Investitionsrechnung		k.A.	
12	Entwicklung einer Strategie zur zeitnahen Begleichung offener Forderungen bzw. zur zeitnahen Bearbeitung von Betriebskostenabrechnungen durch die Nutzer	X		
13	Umfassendere Zuordnung des Instandhaltungsaufwands zu den Kostenträgern in der Planung	X		
14	Verstärkte Analyse von Wirtschaftseinheiten mit negativem Deckungsbeitrag I bei der Erarbeitung neuer Objektstrategien		X	
15a	Kontinuierlicher Ausbau des Anteils an Objekten mit längerfristigen Kündigungsverzicht der Bestandnehmer		k.A.	
15b	Lückenlose Erfassung der Kündigungsverzicht	X		
16	Ausweis der Instandhaltungsaufwendungen bei der Ermittlung der Kosten für Leerstände			X
17	Objektbezogene Berechnungen über entgangene Mieterträge	X		
18	Systematische Evaluierung der Objektstrategien bei andauernden Leerständen und Anpassung der Strategien an geänderte Rahmen- und Marktbedingungen	X		
19	Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften bzw. öffentlichen Stellen im Bereich Objektmanagement zur Nutzung von Synergien		X	
20	Rasche vollständige Erfassung des Objektbestandes in der CAD-Datenbank	X		
21	Erhöhung des Anteils der Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung für Bundesministerien			X
22	Verwendung weiterer Leistungskennzahlen zur Steuerung der Personalressourcen	X		
23	Erreichen des geplanten Einsparungserfolgs von 6,90 Mio. EUR durch das Energieeinspar-Contracting	X		
24	Erlassung und Umsetzung von energetischen Planungsvorschriften sowie einer Lebenszykluskostenanalyse		X	
25	Erstellung einer IT-gestützten Energiebuchhaltung für jedes Gebäude für alle Energieträger			X

FAZIT

Das BMWFJ legte mit der Grundsatzentscheidung die mittel- bis langfristige Ausrichtung der BIG fest.

Die BIG setzte einen Großteil der Empfehlungen des RH um bzw. sagte ihre Umsetzung zu. Durch das Eingehen von Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften und durch Energieeinspar-Contracting-Maßnahmen wurden Einspar- und Kostensenkungsmöglichkeiten gehoben. Einnahmen wurden gesichert durch die zeitnahe Begleichung offener Forderungen sowie durch die regelmäßige Evaluierung der Objektstrategien bei Leerständen. Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens wurde insbesondere durch die Einführung des integrierten Strategie- und Planungsprozesses, wodurch eine regelmäßige Evaluierung der konkreten strategischen Zielvorgaben und eine Verbesserung der Qualität der Mehrjahresplanung gegeben sind, sowie durch die objektbezogene Berechnung der entgangenen Mieterträge nach Kündigung eines Mietvertrags gesteigert.

Durch die vollständige IT-mäßige Erfassung des Objektbestandes sowie die Verwendung weiterer Leistungskennzahlen zur Steuerung der Personalressourcen verbesserte die BIG die Aufgabenerfüllung.

Hinsichtlich der Übertragung der gesamten Finanzierung an die ÖBFA wies die BIG darauf hin, dass für den Fall, dass die Schulden der BIG ab dem Jahr 2014 den Staatsschulden zugerechnet werden, eine generelle Neueinschätzung der Situation erforderlich sei und Möglichkeiten zur Finanzierung über die ÖBFA zu evaluieren wären. Seitens der BIG besteht ein regelmäßiger Kontakt mit der ÖBFA, eine darüber hinausgehende Umsetzung der Empfehlung ist derzeit nicht geplant.

Bezüglich der Erstellung einer IT-gestützten Energiebuchhaltung für jedes Gebäude für alle Energieträger teilte die BIG mit, dass sie sich seit Jahren vergeblich bemühe, Daten über die Energieverbräuche zu erhalten. Unabhängig davon habe sie eine Energiedatenbank aufgebaut, welche den Energiebedarf von Gebäuden der BIG enthalte, für welche die Verpflichtung zum Aushang eines Energieausweises bestehe. Dadurch könnten thermische Schwachstellen erkannt und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Wirkungsbereich des Österreichischen Rundfunks

Österreichischer Rundfunk; Follow-up-Überprüfung

Reihe Bund 2012/12

Der Österreichische Rundfunk (ORF) kam mehr als der Hälfte der Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2009 veröffentlicht hatte, vollständig nach. Der Generaldirektor legte dem Stiftungsrat 2009 ein Strategie- und Strukturkonzept für den ORF im digitalen Zeitalter vor; dem Stiftungsrat lag jedoch kein Antrag vor, dieses zu beschließen.

Der ORF verfügte nach wie vor über kein arbeitsfähiges, mit Beschlusskompetenz ausgestattetes Aufsichtsratsgremium. Der Stiftungsrat stimmte über einige vom Generaldirektor beantragte Einsparungsmaßnahmen nicht ab. Die Gründe dafür waren nicht nachvollziehbar.

Der ORF verringerte von 2008 bis 2011 den Personalstand im Konzern um rd. 9,9 % auf 4.103 Vollzeitäquivalente und erzielte Einsparungen bei den Personalaufwendungen (bspw. rd. 21,99 Mio. EUR in den Jahren 2010 und 2011 aufgrund des ab 1. Jänner 2010 geltenden Zusatzkollektivvertrags und rd. 6,23 Mio. EUR in den Jahren 2009 bis 2011 bei den Pensionen). Nach wie vor bestanden unterschiedliche Dienstrechte mit verschiedenen Besserstellungen gegenüber dem allgemeinen Arbeitsrecht und unterschiedliche betriebliche Pensionssysteme.

Empfehlung	umgesetzt	zugesagt	offen
1 Genehmigung einer Gesamtstrategie durch den Stiftungsrat		X	
2 Arbeitsfähiges und beschlusskompetentes Aufsichtsratsgremium			X
3 Beachtung aller Bestimmungen der Dienstverträge mit den Direktoren bei der Vereinbarung von Bonifikationen	X		
4 Anführen von Gründen über das Abstimmungs- und Beschlussverhalten in Stiftungsratsprotokollen		k.A.	
5 Erstellung von Finanzvorschauen für zumindest fünf Planjahre	X		
6 Konzentration von Marketing und Werbung in jeweils einer Tochtergesellschaft			X

Nachgefragt

Empfehlung		umgesetzt	zugesagt	offen
7	Zusammenfassung aller Personalaufgaben in einer Organisationseinheit			X
8	Überarbeiten der Redaktionsstrukturen und -konzepte		X	
9	Ständige Koordination der Wetterberichterstattung	X		
10	Herauslösung der Controllingtätigkeiten von der Programmproduktion			X
11	Ausgliederung des Facility-Managements		X	
12	Umsetzung der Vorschläge eines Beratungsunternehmens zum RSO			X
13	Einstellung des Kurzwellensenderbetriebs bei Unwirtschaftlichkeit	X		
14	Bereichsübergreifende Vernetzung von Redaktionen und Ressorts		X	
15	Identifizierung von für Outsourcing in Betracht kommender Geschäftsbereiche			X
16	Vorlage einer Unternehmensprognose beim Erwerb von Beteiligungen		k.A.	
17	Hinterfragung, Beschluss und Dokumentation der Reduzierung von Einsparungspotenzial	X		
18	Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Unternehmensbeteiligungen			X
19	Ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wertpapierdeckung und Rückstellungen	X		
20	Erstellung eines Kollektivvertrags ohne Besserstellungen im Vergleich zum allgemeinen Arbeitsrecht und Eingliederung aller Arbeitnehmer			X
21	Einführung von Zeitaufzeichnungen für alle Bezieher von Mehrdienstleistungspauschalen		X	
22	Überprüfung der betrieblichen Notwendigkeit sämtlicher Leiharbeitnehmer			X
23	Setzung von Reformschritten bei Pensionsaufwendungen		X	
24	Einheitliche Regelungen der Nebenbeschäftigungen und Unternehmensbeteiligungen			X
25	Durchführung weiterer Restrukturierungsmaßnahmen	X		
26	Auslastungssteigerung der Produktionsbetriebe	X		
27	Inanspruchnahme weiterer Fremdleistungen unter Berücksichtigung der Kosteneffizienz	X		
28	Ausweis der Wartezeiten in der Arbeitszeitstatistik			X
29	Arbeitszeitstatistik auch für Leiharbeitnehmer	X		
30	Auslastungsverbesserung der Übertragungswagen			X
31	Produktivitätssteigerungen und Kostenreduktionen bei der Ausstattung	X		

FAZIT

Der Stiftungsrat hatte nach wie vor keine Gesamtstrategie als Grundlage für eine Strukturreform des ORF und als Rahmenbedingungen für die langfristigen Planungen beschlossen. In Bezug auf die Struktur des Stiftungsrats als arbeitsfähiges, mit Beschlusskompetenz ausgestattetes Aufsichtsratsgremium, verwies der ORF darauf, dass sich diese Empfehlung an den Gesetzgeber richte.

Durch die Umsetzung von einem Großteil der Empfehlungen des RH konnte der ORF seine Wirtschaftlichkeit steigern sowie seine Organisation und Aufgabenerfüllung verbessern. Diese Effekte könnte er durch die Umsetzung der noch offenen Empfehlungen steigern, etwa durch die Konzentration von Marketing und Werbung in jeweils einer Tochtergesellschaft oder die Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Beteiligungen.

Der ORF gab bekannt, dass seit 2009 kein Fall eingetreten sei, dass im Stiftungsrat über einen Antrag nicht abgestimmt wurde. Weiters hätte es seit der Follow-up-Überprüfung keinen Beteiligungserwerb gegeben. Für zwei Empfehlungen des RH gab es daher keine Anwendungsfälle.

INTERNATIONALER TEIL

60 Jahre INTOSAI – 50 Jahre Generalsekretariat

Die INTOSAI feierte heuer mit dem XXI. Kongress (INCOSAI) ihr 60-jähriges Bestehen. Die Geschichte der INTOSAI ist untrennbar mit dem österreichischen Rechnungshof verbunden, der seit 50 Jahren ihr Generalsekretariat ist.

Der Grundstein für die weltweite Vereinigung von Rechnungshöfen wurde im November 1953 auf Initiative der Obersten Rechnungskontrollbehörde (ORKB) Kubas gelegt, als sich erstmals 29 ORKB und 5 Partnerinstitutionen in Havanna zu einem Kongress trafen. Der Ausgangspunkt für den damaligen Kongress war die Erkenntnis, dass sich auch die externe öffentliche Finanzkontrolle in einem sich zunehmend internationalisierenden Umfeld nur in Zusammenarbeit mit Anderen erfolgreich behaupten kann.

Die INTOSAI bietet den Rechnungshöfen seit 60 Jahren einen institutionalisierten Rahmen für Wissenstransfer und Wissensvermehrung zur weltweiten Verbesserung der externen öffentlichen Finanzkontrolle, um damit Fachkompetenz, Ansehen und Einfluss der Rechnungshöfe in den jeweiligen Staaten zu steigern. Entsprechend dem Motto der INTOSAI „Experientia mutua omnibus prodest“ (Gegenseitiger Erfahrungsaustausch nützt allen) stehen der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern und die daraus gewonnenen Erkenntnisse als Garant für die permanente Weiterentwicklung der staatlichen Finanzkontrolle.

Die INTOSAI durchlief in den 60 Jahren ihres Bestehens eine äußerst positive Entwicklung, was sich nicht nur im kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahl – von 29 im Jahr 1953 auf derzeit 192 Vollmitglieder und 5 assoziierte Mitglieder – widerspiegelt. So wurde bereits Mitte der 1960er Jahre die erste Regionale Arbeitsgruppe der INTOSAI gegründet. Mit den heute bestehenden 7 Regionalen Arbeitsgruppen – AFROSAI, ARABOSAI, ASOSAI, CAROSAI, EUROSAI, OLACEFS und PASAI – haben die 192 Mitglieder der INTOSAI auch auf regionaler Ebene Ansprechpartner.

Ein Meilenstein in der strukturellen Professionalisierung der Organisation war die Verabschiedung der Strategie der INTOSAI beim XVIII. Kongress im Oktober 2004 in Budapest. Seit diesem Zeitpunkt

sind die Aktivitäten der INTOSAI auf die Umsetzung der vier strategischen Ziele ausgerichtet:

1. Rechenschaftspflicht und fachliche Normen;
2. institutioneller Ausbau von Sachkompetenzen;
3. Austausch von Wissen und Wissensmanagement;
4. INTOSAI – eine internationale Organisation mit „Vorbildcharakter“.

Zur Erfüllung dieser strategischen Ziele wurden vier Zielkomitees eingerichtet: das Komitee für Fachliche Normen (PSC), das Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen (CBC), das Komitee für den Austausch von Wissen (KSC) sowie das Finanz- und Verwaltungskomitee (FAC). In diesem Rahmen erfolgt seither in Arbeitsgruppen, Unterkomitees und Task Forces die Umsetzung der strategischen Ziele, etwa durch die Erarbeitung von Prüfungsstandards oder Richtlinien für die Arbeit von Rechnungshöfen.

Die INTOSAI befasste sich in den letzten 60 Jahren natürlich insbesondere mit den Kernanliegen der öffentlichen Finanzkontrolle, die sich oftmals um die Frage der Unabhängigkeit der ORKB drehen. Mit dem Beschluss der Deklaration von Lima auf dem VIII. INCOSAI in Peru im Jahr 1977 erfolgte ein wesentlicher Meilenstein zur Kodifizierung jener Säulen, auf denen die Unabhängigkeit der externen Finanzkontrolle ruht. Diese Entwicklung setzte sich 2007 mit dem Beschluss der Deklaration von Mexiko fort und fand im Jahr 2011 mit der Annahme der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/66/209 „Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden“ ihren bisherigen Höhepunkt. Denn damit gelang es der INTOSAI, die Eckpfeiler der Unabhängigkeit der externen öffentlichen Finanzkontrolle in einem Beschluss der internationalen Staatengemeinschaft zu verankern.

Die Vereinten Nationen anerkennen darin erstmals ausdrücklich, dass „Oberste Rechnungskontrollbehörden ihre Aufgaben nur dann objektiv und wirkungsvoll erfüllen können, wenn sie von der überprüften Stelle unabhängig gestellt und gegen Einflüsse von außen geschützt sind“. Diese Resolution erlaubt es der INTOSAI-Familie, die Grundsätze der Unabhängigkeit noch stärker einzufordern. Die Resolution stärkt dabei insbesondere jenen ORKB den Rücken, die um die zentralen Grundvoraussetzungen ihrer Unabhängigkeit noch kämpfen müssen.

Die Annahme der Resolution zur Unabhängigkeit der ORKB ist die bisherige Krönung der Jahrzehnte langen Bemühungen der INTOSAI zur Stärkung von Rechnungshöfen. Diese sind in ihrer 60-jährigen Geschichte untrennbar mit dem Österreichischen Rechnungshof verbunden, der seit 1963 und damit seit 50 Jahren das Generalsekretariat der INTOSAI inne hat und damit zugleich auch den Generalsekretär der INTOSAI stellt.

Denn durch die Ausrichtung des IV. INCOSAI im Mai 1962 in Wien erwarb sich der österreichische Rechnungshof ein umfangreiches internationales Know-how und wurde in der Folge einstimmig von den Kongressteilnehmern als Ständiges Sekretariat bestätigt. Ab dem Jahr 1963 zeichnete der Österreichische Rechnungshof in Ausübung seiner internationalen Tätigkeit seine internationalen Rundschreiben fortan mit Ständiges Internationales Sekretariat der Obersten Rechnungskontrollbehörden beim Österreichischen Rechnungshof und traf auch in seiner inneren Organisation die notwendigen Änderungen, um dieser neuen Tätigkeit Rechnung zu tragen.

Beim V. Internationalen Kongress, der im Juni 1965 in Jerusalem stattfand, erhielt der Rechnungshof große Anerkennung für seine zurückliegende Tätigkeit und wurde mit der Fortführung des Internationalen Sekretariats beauftragt. Darüber hinaus kam dem Österreichischen Rechnungshof die Ausarbeitung von Statuten für die künftige Zusammenarbeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden zu.

Die Kongressteilnehmer des VI. Kongresses, der 1968 in Tokyo stattfand, anerkannten übereinstimmend die Erfolge des Österreichischen Rechnungshofes als Internationales Sekretariats. Das vom Österreichischen Rechnungshof formulierte Angebot, dauerhaft als Sitz des Internationalen Sekretariats zur Verfügung zu stehen, fand daher Eingang in die zur Abstimmung anstehenden Statuten. Im Rahmen dieses Kongresses wurden die ersten Statuten der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden angenommen. Seit dem 30. Mai 1968 ist der Österreichische Rechnungshof dauerhaft und ununterbrochen mit der Führung des Internationalen Sekretariats beziehungsweise des Generalsekretariats, wie es später genannt wurde, beauftragt. Der Präsident des Rechnungshofs ist seither gleichzeitig auch Generalsekretär der INTOSAI. Mit Dr. Hans Frenzel, Dr. Jörg Kandutsch, Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Franz Fiedler und Dr. Josef Moser hat der Österreichische Rechnungshof 5 Generalsekretäre der INTOSAI seit 1963 gestellt.

Dass der österreichische Rechnungshof das Generalsekretariat der INTOSAI leitet, ist eine Auszeichnung. Er ist damit erster Ansprech-

partner für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORKB) weltweit und für die INTOSAI von größter Bedeutung. Er tritt für die Interessen der INTOSAI und ihrer Mitglieder ein, wirkt als Impulsgeber und Innovator durch Kommunikation aktueller Themen und setzt inhaltliche Schwerpunkte. Er stärkt – wie bereits ausgeführt – z.B. die Unabhängigkeit der ORKB und arbeitet mit anderen global agierenden Partnern wie den Vereinten Nationen intensiv zusammen. Er managt auch das Alltagsgeschäft der INTOSAI, führt deren Haushalt, berät die Organe der INTOSAI (Kongress, Präsidium, Regionale Arbeitsgruppen) und kontrolliert die Einhaltung der Statuten.

Zudem organisiert und führt der Rechnungshof als Generalsekretariat seit 1971 – insbesondere im Dienste der Ausbildung von ORKB in Entwicklungsländern – gemeinsam mit den Vereinten Nationen Seminare und Symposien durch, die dem Wissensaustausch unter den Mitgliedern sowie dem Aufbau von Sachkompetenz dienen. Darüber hinaus haben diese Symposien aber auch als Impulsgeber für eine Reihe von Entwicklungen innerhalb der INTOSAI gewirkt. So wurde sowohl die Entwicklung der ISSAI zu Wert und Nutzen von ORKB als auch die Initiative zur Stärkung der Unabhängigkeit von ORKB durch eine Resolution der Generalsversammlung der Vereinten Nationen durch diese Symposien angestoßen. Im März 2013 wurde mittlerweile bereits äußerst erfolgreich – mit 149 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von 67 ORKB und 4 Partnerorganisationen – das 22. VN/INTOSAI Symposium in Wien abgehalten.

Die weltweiten Entwicklungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft brachten für die INTOSAI und das Generalsekretariat im Speziellen stetige und neuartige Herausforderungen. Zentrales Anliegen ist dem österreichischen Rechnungshof deshalb, den Erfahrungs- und Wissensaustausch umfassend zu fördern sowie INTOSAI-Mitglieder in strategischen Zielbereichen der INTOSAI zu unterstützen wie etwa bei der Bekämpfung der Korruption oder bei der Förderung von Good Governance, Transparenz und Nachhaltigkeit. Durch seine Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe zur „Bekämpfung der internationalen Geldwäsche und Korruption“ sowie bei der Task Force „Globale Finanzkrise – Herausforderung für die ORKB“ trug der Rechnungshof maßgeblich dazu bei, Wege und Mittel zu finden, um sich mit Problemen, mit denen sich staatliche Institutionen weltweit konfrontiert sehen, auseinanderzusetzen und diese zu lösen.

Eine besondere Auszeichnung erhielt der Österreichische Rechnungshof als Generalsekretariat der INTOSAI heuer im Rahmen des XXI. INCOSAI. Für seine jahrelangen erfolgreichen Aktivitäten wurde dem Österreichischen Rechnungshof der Jörg-Kandutsch-Preis – jener Preis, der nach dem ehemaligen Generalsekretär der INTOSAI benannt ist und der alle drei Jahre im Rahmen des Kongresses von der INTOSAI für besondere Verdienste um die externe öffentliche Finanzkontrolle vergeben wird – verliehen. Begründet wurde diese Auszeichnung mit seinem intensiven Reformprogramm zur umfassenden Modernisierung seiner Prüfungsmethodik und Prüfungsverfahren, seinem außerordentlichen internationalen Engagement, das insbesondere zur VN-Resolution zur Stärkung der Unabhängigkeit von Rechnungshöfen führte sowie seinen proaktiven Initiativen auf Ebene der Europäischen Union zur Reform der EU-Kontrollarchitektur (siehe dazu den eigenen Bericht).

Das Ziel des Generalsekretariats wird es auch weiterhin sein, aktiv als Impulsgeber und Sprachrohr der Organisation zu wirken und die Mitglieder im Ausbau der Kapazitäten nachhaltig und wirksam zu fördern, so dass jede ORKB für sich als unabhängige Modell-Organisation fungieren kann und als Institution anerkannt wird.

XXI. INCOSAI & Deklaration von Peking

Die Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) hielt vom 21. bis 26. Oktober 2013 in Peking, China, ihren 21. Kongress (XXI. INCOSAI) ab. Gastgeber für die 591 Kongress Teilnehmer von 154 Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) sowie 3 assoziierte Mitglieder und 22 Beobachter der INTOSAI war das Chinese National Audit Office (CNAO), das damit auch bis 2016 die Präsidentschaft der INTOSAI übernahm. Der Rechnungshof war als Generalsekretariat der INTOSAI in den Jahren 2012/2013 maßgeblich in die Vorbereitungsarbeiten des Kongresses involviert und zeichnete für dessen statuarisch korrekte Abwicklung verantwortlich.

Der Kongress diskutierte schwerpunktmäßig die zwei Hauptthemen „Staatliche Finanzkontrolle und Governance auf nationaler Ebene“ (Thema I unter dem Vorsitz CNAO) und „Beiträge der Obersten Rechnungskontrollbehörden zur Sicherung einer nachhaltigen Finanzpolitik“ (Thema II unter dem Vorsitz der ORKB Mexiko). Thema II geht auf einen Vorschlag des österreichischen Rechnungshofs zurück. Es wurde ausgewählt, um einerseits den gegenseitigen Erfahrungsaustausch in diesem so zentralen Bereich zu beleben, andererseits aber auch um zu verdeutlichen, dass die Prüfung nationaler Budgets und Schulden

eine Grundvoraussetzung dafür ist, Problemfelder und Risiken sichtbar zu machen und frühzeitig Entscheidungsträger und Öffentlichkeit darüber zu informieren.

In Vorbereitung der beiden Hauptthemen des Kongresses arbeitete eine Reihe von Rechnungshöfen, einschließlich des österreichischen Rechnungshofs, Länderpapiere aus, die vom Kongressveranstalter in Diskussionspapieren zusammengefasst wurden und als Grundlage für die Kongress-Erörterungen dienten.

Entsprechend dem Motto der INTOSAI „Gegenseitiger Erfahrungsaustausch nutzt allen“ (Experientia Mutua Omnibus Prodest) wurden zu den zwei Hauptthemen von den Kongressteilnehmern gemeinsam konkrete Handlungsanleitungen für Rechnungshöfe erarbeitet und in der „Peking Deklaration“, dem einzigen offiziellen Schlussdokument des Kongresses, beschlossen.

In der Peking Deklaration wird – insbesondere zur Unterstützung der Rechnungshöfe in Entwicklungsländern – unterstrichen, dass die Arbeit von Rechnungshöfen ein unverzichtbarer Bestandteil jeden Staatswesens ist und Prüfungen von ORKB insbesondere mit einem Beratungsansatz im Sinne der Abgabe von Empfehlungen maßgeblich zur Verbesserung der staatlichen Governance beitragen. Im Zusammenhang mit der Sicherung einer nachhaltigen Finanzpolitik halten die Grundlagendokumente fest, dass die Prüfung nationaler Budgets und Schulden eine Grundvoraussetzung dafür ist, Problemfelder und Risiken sichtbar zu machen und frühzeitig Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Auch die für Rechnungshöfe bestehenden Prüfungsbeschränkungen sollten sichtbar gemacht werden, um diese – in Umsetzung der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) – A/66/209 – zu heseitigen, die Unabhängigkeit von Rechnungshöfen zu stärken und damit den Nutzen ihrer Arbeit zu optimieren.

In den Debatten zu Thema I („Staatliche Finanzkontrolle und Governance auf nationaler Ebene“) wurde deutlich, dass für die Aufgabewahrnehmung der ORKB insbesondere ein umfassendes Prüfmandat erforderlich ist. In vielen Bereichen ist dies noch nicht umgesetzt, weshalb die Resolution der VN-Generalversammlung A/66/209 und ihre Forderung nach Umsetzung der Unabhängigkeits-Prinzipien der Deklarationen von Lima und Mexiko von großer Bedeutung ist.

Zu Thema I formulierte der Kongress somit unter anderem folgende Empfehlungen: ORKB müssten insbesondere ihre Prüfverantwortung wahrnehmen und sich an die zunchmend ändernden Bedingungen in einem komplexen Umfeld anpassen. Darüber hinaus sollten sich ORKB für die Stärkung eines prüffreundlichen Rechtsrahmens einsetzen, den Kapazitätsaufbau in Prüfinstitutionen vorantreiben und nationale Prüfpraktiken verbessern. Schließlich sollten sie die Wirksamkeit nationaler Prüfungen der nationalen Governance erhöhen und die Ergebnisse kommunizieren. INTOSAI sollte sich dabei auch für die Verbesserung der globalen Governance einsetzen, seine eigene Governance verbessern und ORKB zum verstärkten Einsatz auf nationaler Ebene aufrufen.

Die Diskussionen der Kongressteilnehmer zu Thema II („Beiträge der ORKB zur Sicherung einer nachhaltigen Finanzpolitik“) unterstrichen, dass für eine wirksame Rolle von ORKB im Bereich der nachhaltigen Entwicklung vor allem die Prüfung der Staatsverschuldung und der mittel- und langfristigen Haushaltsplanung erforderlich ist. Dies ist jedoch aufgrund des mangelnden rechtlichen Rahmens für einige ORKB nicht möglich. Die Kongressteilnehmer erachteten hierbei insbesondere erforderlich, dass Haushaltsregeln gesetzlich verankert sowie Fiskal-Indikatoren verwendet werden. Ein solides Rechnungswesen, vorzugsweise accrual accounting, ist wesentlich für die Transparenz öffentlicher Finanzen. Gleichzeitig ist die Prüfung der tatsächlichen Koordinierung zwischen Budget- und Geldpolitik, gemeinsam mit einer umfassenden wirtschaftlichen Risikoanalyse, für die Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit von entscheidender Bedeutung. Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und Schulden sind Budgetregeln, insbesondere strukturelle budgetäre Ausgeglichenheit sowie Planungssysteme, wirkungsorientierte Budgetierung, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Transparenz und Rechenschaftspflicht erforderlich. Dabei sollte das Mandat von ORKB auch die Prüfung der Arbeit von Finanz-Regulatoren umfassen, wobei eine zeitgerechte Information durch ORKB von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit über ihre konkreten Prüfungsmöglichkeiten sowie Beschränkungen in Zusammenhang mit finanzieller Nachhaltigkeit, wesentlich ist. Jedenfalls sollten auch in diesem Bereich Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt werden.

Der Kongress nahm die Annahme der VN-Resolution A/66/209 „Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden“ äußerst positiv zur Kenntnis und die Mitglieder sowie Entwicklungsorganisationen und andere Stakeholder wurden aufgerufen, die darin enthaltenen Prinzipien der Deklarationen von Lima und Mexiko auf nationaler Ebene umzusetzen.

Der Kongress rief auch ausdrücklich dazu auf, die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen fortzusetzen bzw. zu intensivieren. Die Grundprinzipien der externen öffentlichen Finanzkontrolle, wie sie in den Deklarationen von Lima und Mexiko enthalten sind sowie von der VN-Resolution A/66/209 auf nationalstaatlicher Ebene gefordert werden, sollen speziell in die Post-2015 Entwicklungs-Agenda Eingang finden, um dadurch Transparenz und Rechenschaftspflicht – als Grundvoraussetzung für die nachhaltige Entwicklung öffentlicher Finanzen – zu stärken.

Der Kongress hat darüber hinaus eine Reihe von Prüfungsstandards (ISSAI) und Standards für gute Verwaltungsführung (INTOSAI GOV) beschlossen, darunter grundlegende Prüfungsstandards für Finanz-, Wirtschaftlichkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen (ISSAIs 100, 200, 300 und 400) sowie Standards in Zusammenhang mit der Prüfung internationaler Katastrophenhilfe (ISSAIs 5500, 5510, 5520, 5530 und 5540 sowie INTOSAI GOV 9250).

Ein weiterer vom Kongress beschlossener Prüfungsstandard (ISSAI 12 „Wert und Nutzen von ORKB – Bewirkung einer Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger“) legt den Schwerpunkt auf die Darstellung von Wert und Nutzen der Arbeit von Rechnungshöfen. Dieser unter dem Vorsitz der ORKB Südafrika erarbeitete Standard, der auf eine Initiative des Rechnungshofs im Rahmen eines 2007 durchgeführten VN/INTOSAI Symposiums zurückgeht, zielt darauf ab, die Arbeit von ORKB mit konkreten Indikatoren mess- und sichtbar zu machen, um damit einerseits den Nutzen dieser Arbeit verstärkt ins Bewusstsein der Bürger zu bringen und andererseits das Vertrauen der Öffentlichkeit in diese Arbeit zu stärken. Auch ein offizielles Dokument zur „Kommunikation von Wert und Nutzen von ORKB: eine INTOSAI Leitlinie“ wurde vom XXI. INCOSAI angenommen.

Hinsichtlich der internen Organisation der INTOSAI befasste sich der Kongress auch mit der Frage, wie der erfolgreiche Weg der Vergangenheit weiter beschritten werden könne. In der Periode bis zum XXII. Kongress der INTOSAI (INCOSAI), der 2016 in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden wird, werden im Rahmen der Erarbeitung des Strategischen Plans 2016–2022 nach dem Kongress die entsprechenden Arbeiten beginnen.

Schließlich traf der Kongress auch noch eine Reihe organisatorischer Entscheidungen:

So wählte er das neue INTOSAI Präsidium unter dem Vorsitz der ORKB China sowie die ORKB der Vereinigten Arabischen Emirate als nächsten Kongress-Ausrichter 2016. Als externe Rechnungsprüfer wurden die ORKB Oman und Ghana gewählt.

Im Ziel 1 (Fachliche Normen) nahm der Kongress den Übergang des Vorsitzes des Unterkomitees für die Prüfung der Rechnungsführung von der ORKB Schweden auf die ORKB der Vereinigten Arabischen Emirate zur Kenntnis.

Im Ziel 3 (Austausch von Wissen und Wissensmanagement-Dienste) wurden eine neue Arbeitsgruppe zur Prüfung der mineralgewinnenden Industrie mit der ORKB Uganda als Vorsitzende und eine neue Task Force zur Prüfung von Auftragsvergabe mit der ORKB der Russischen Föderation als Vorsitzende gebildet.

Zudem wurde die Task Force Globale Finanzkrise in die Arbeitsgruppe zur Finanziellen Modernisierung und Regulierungsreform unter dem Vorsitz der ORKB der Vereinigten Staaten umgewandelt. Die INTOSAI-Arbeitsgruppe über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe unter dem Vorsitz des Europäischen Rechnungshofs wurde aufgelöst. Der Vorsitz der INTOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung ging von der ORKB Estland auf die ORKB Indonesien über.

Jörg Kandutsch Preis

Für bedeutende Leistungen und Beiträge auf dem Gebiet der Finanzkontrolle wird im Rahmen des INCOSAI alle drei Jahre der sog. „Dr. Jörg Kandutsch Preis“ verliehen. Im Rahmen des diesjährigen XXI. Kongresses in Peking wurde dieser Preis dem Österreichischen Rechnungshof zuerkannt und seinem Präsidenten Dr. Josef Moser verliehen.



In der Begründung wurden insbesondere folgende speziellen Verdienste und Leistungen des österreichischen Rechnungshofes für die INTOSAI und die externe öffentliche Finanzkontrolle angeführt:

„Der österreichische Rechnungshof hat in den letzten 50 Jahren seine Funktion als Generalsekretariat der INTOSAI auf eine herausragende Weise ausgeführt. Zu seinen Leistungen zählen:

- Förderung der Stärkung der Organisation;
- Sicherstellung des Wissensaustausches unter allen Mitglieds-ORKB;
- Übernahme einer federführenden Rolle in der Umsetzung des ersten Strategischen Plans der INTOSAI (2005–2010) sowie des derzeit gültigen Strategischen Plans (2011–2016);

- Übernahme einer federführenden Rolle bei der Erreichung der Annahme der Resolution A/66/209 der VN-Generalversammlung zur Unabhängigkeit von ORKB.

Der österreichische Rechnungshof

- setzte ein intensives Reformprogramm zur umfassenden Modernisierung seiner Prüfungsmethodik und seiner Prüfungsverfahren um.
- hat außerordentliches Engagement gezeigt und sich für die internationale Zusammenarbeit mit anderen ORKB eingesetzt, was zu zahlreichen bilateralen und multilateralen Abkommen führte.
- führte eine proaktive Initiative innerhalb des EU-Kontaktausschusses zur Einrichtung einer Task Force durch, die sich mit den Aufgaben und Funktionen der ORKB und des Europäischen Rechnungshofes im Lichte der neuesten Entwicklungen in der EU hinsichtlich der Finanz- und Wirtschaftskrise befasst.“

Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen und Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

2015 wird über die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen Bilanz gezogen. Bereits jetzt beginnt im Rahmen der Vereinten Nationen die Arbeit an einer Entwicklungs-Agenda für die Zeit nach 2015 („Post-2015 Development Agenda“), in der insbesondere die nachhaltige Entwicklung im Zentrum stehen soll.

Für die nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen spielen Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORKB) sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eine entscheidende Rolle.

Nationale Ebene

Der österreichische Rechnungshof trägt auf nationaler Ebene in Form seiner Wirtschaftlichkeitsprüfungen, seiner beratenden Tätigkeit sowie mit dem Bundesrechnungsabschluss, der u.a. Analysen zum Budgetvoranschlag, Budgetvollzug und Budgetentwicklung sowie Budgetkennzahlen zur finanziellen Stabilität umfasst, maßgeblich zur Transparenz und zur Sicherung der nachhaltigen Finanzen bei.

In seiner Prüfpraxis beleuchtet er damit zukünftige fiskalpolitische Herausforderungen, absehbare Trends sowie den sich daraus ergebenden Konsolidierungsbedarf für die nachhaltige Sicherung der öffentlichen Finanzen (Beispiele für Gebarungüberprüfungen: „Grundlagen der Fiskalpolitik“, „Konsolidierungsmaßnahmen der Länder“ und „Finanzierungsinstrumente“).

Internationale Ebene

Diese Erfahrungen bringt der österreichische Rechnungshof auch aktiv in die internationale Arbeit ein.

So präsentierte Präsident Dr. Josef Moser im Rahmen des diesjährigen Treffens der aus rund 20 weltweit führenden Obersten Rechnungskontrollbehörden bestehenden „Global Working Group“ im April in Tokio seine Prüfpraxis zum Thema „Nachhaltige Gesundheit der öffentlichen Finanzen – Herausforderungen für ORKB“. Präsident Moser hob dabei die maßgebliche Rolle von ORKB bei der Herstellung von Transparenz und Bereitstellung von relevanten Informationen für Parlamente und die Öffentlichkeit hervor. Beleuchtet wurden auch die hierzu notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen, das erforderliche Mandat von ORKB und die benötigten Sachkompetenzen, um dieser Aufgabe nachzukommen.

Die Ausführungen von Präsident Josef Moser, insbesondere hinsichtlich der Stärkung der ORKB in Bezug auf ihre Kompetenzen und Unabhängigkeit basierend auf der Resolution A/66/209 der VN-Generalversammlung, sind bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf breite positive Resonanz gestoßen. Die Reaktionen haben gezeigt, dass der Rechnungshof mit seiner Arbeit in diesem Bereich zur nachhaltigen Sicherung der öffentlichen Finanzen zu den weltweit führenden ORKB zählt.

Vereinte Nationen

Auch im Rahmen der aktuellen Diskussion der Vereinten Nationen zur Post-2015-Entwicklungsagenda setzt sich der Österreichische Rechnungshof aktiv für eine Verankerung der Voraussetzungen für ORKB, wie sie in den Deklarationen von Lima und Mexiko enthalten sind, ein, um dadurch zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen beizutragen.

Derzeit werden bei den Vereinten Nationen (VN) bereichsübergreifende Anstrengungen innerhalb des gesamten Systems unternommen, um eine Entwicklungsagenda für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 zu erstellen. Diese sogenannte Post-2015-Entwicklungsagenda soll die Nachfolgeziele der MDGs definieren.

Dabei wird das Thema der Stärkung von Rechnungshöfen auch durch die Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen intensiv betrieben. Diese hat bereits 2011 unter Botschafter Thomas Mayr-Harting maßgeblich die Annahme der VN-Resolution A/66/209 „Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden“ vorangetrieben. Auch der nunmehrige Ständige Vertreter Österreichs und stellvertretender ECOSOC-Vorsitzende, Botschafter Martin Sajdik, unterstützt diesen Schwerpunkt der Unabhängigkeit von Rechnungshöfen und bringt die Stärkung von Rechnungshöfen aktiv in die Debatte der Vereinten Nationen ein.

**High Level Panel zur
Sicherung nach-
haltiger Finanzen,
Mai 2013**

In diesem Rahmen hat Präsident Josef Moser im Mai 2013 in seiner Eigenschaft als INTOSAI Generalsekretär auf Einladung der Vereinten Nationen als Keynote Speaker an einer von UNDESA und der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York organisierten High Level Panel Diskussion zur Nachhaltigen Entwicklung teilgenommen.

Die von Botschafter Sajdik geleitete Diskussion zeigte, dass Kontrolle als zentrales Element für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf VN-Ebene verstärkt Anerkennung findet und dass das Ziel der Stärkung von ORKB von INTOSAI und UNDESA gemeinsam aktiv verfolgt wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den UN-Mitgliedstaaten signalisierten breite Unterstützung, die Voraussetzungen für die Arbeit der ORKB in die Post-2015-Entwicklungsagenda aufzunehmen, um damit die Transparenz öffentlichen Handelns zu erhöhen, die Rechenschaftspflicht zu stärken und schließlich die nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen zu sichern.

**Arbeitsgespräch mit
VN-Generalsekretär
Ban Ki-moon,
Oktober 2013**

Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Arbeiten an der Post-2015-Entwicklungsagenda hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, Dr. Josef Moser in seiner Funktion als Generalsekretär der INTOSAI am 14. Oktober 2013 zu einem Arbeitsgespräch empfangen.

Präsident Dr. Josef Moser machte hierbei deutlich, dass für die nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen Transparenz und Rechenschaftspflicht zentrale Voraussetzungen sind. Dazu können ORKB einen wesentlichen Beitrag leisten, da sie Fehlentwicklungen sichtbar machen, die Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen sichern und mit ihren Empfehlungen konkrete Verbesserungsvorschläge geben.

Dr. Josef Moser unterstrich auch, dass zu diesem Zweck die Unabhängigkeits-Prinzipien der Deklarationen von Lima und Mexiko auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen, wie es auch die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/66/209 fordert. Daher liege es im Interesse sowohl der Vereinten Nationen als auch der INTOSAI, dass die Umsetzung der Unabhängigkeits-Prinzipien für ORKB in die Post-2015-Entwicklungsagenda aufgenommen werde. In diesem Sinne einigten sich die Gesprächspartner zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und INTOSAI insbesondere zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung.

Die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Rahmen der Erarbeitung der Post-2015-Entwicklungsagenda zählt zu den künftigen strategischen Prioritäten. In Zeiten knapper werdender Ressourcen ist es die Aufgabe von ORKB, ihr Know-how und ihre Expertise in diesen Prozess einzubringen, und es ist ihr Auftrag, einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut zu leisten und dafür Sorge zu tragen, dass die nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen sichergestellt wird.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon dankte Präsident Moser für die Arbeit der INTOSAI, die er voll unterstützt, und nahm das Angebot des Rechnungshofpräsidenten/INTOSAI Generalsekretärs zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der INTOSAI und den Vereinten Nationen insbesondere zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung mit großer Bereitschaft auf.

**INTOSAI Kongress,
Oktober 2013**

Die Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen und die entsprechende Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen war auch bestimmendes Thema des XXI. INCOSAI in Peking.

Der Repräsentant der UNDESA, Untergeneralsekretär Wu Hongbo, stellte fest, dass Oberste Rechnungskontrollbehörden eine bedeutende Rolle bei der Förderung der Prinzipien von Integrität, Gleichberechtigung, Inklusivität, Transparenz, Rechenschaftspflicht sowie Rechtsstaatlichkeit spielen. Auch der Vertreter des ECOSOC, Botschafter Martin Sajdik, betonte, dass Rechnungskontrollbehörden von entscheidender Bedeutung für die langfristige Nachhaltigkeit der Finanzpolitik sind, da der Finanzkontrolle eine Schlüsselrolle bei der Förderung von guter Regierungsführung und Transparenz zukommt. Zu diesem Zweck wären die in der Resolution der VN-Generalversammlung A/66/209 dargelegten Grundprinzipien der Unabhängigkeit eine wesentliche Voraussetzung und würden darüber hinaus die Erarbeitung der Post-2015-

Entwicklungsagenda fördern. Er hob hervor, dass ORKB bei all diesen Aktivitäten eine entscheidende Rolle bei der Überprüfung und Evaluierung der Ergebnisse spielen sollten und ermutigte alle INTOSAI-Mitglieder, die Zusammenarbeit mit ECOSOC und den Vereinten Nationen zu intensivieren und sich bei der Erarbeitung der Entwicklungsagenda einzubringen.

Im Schlussdokument des Kongresses – der Peking-Deklaration – riefen die Kongressteilnehmer ausdrücklich dazu auf, die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen fortzusetzen bzw. zu intensivieren. Dazu soll sich die INTOSAI aktiv speziell in die Erarbeitung der Post-2015-Entwicklungsagenda einbringen, um dadurch Transparenz und Rechenschaftspflicht – als Grundvoraussetzung für die nachhaltige Entwicklung öffentlicher Finanzen – zu stärken.

Wien, im Dezember 2013

Der Präsident:

Dr. Josef Moser





Bisher erschienen:

- Reihe Bund 2013/1 Bericht des Rechnungshofes
- Pensionsrechte der Bediensteten der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau
 - Haftungen des Bundes für Exportförderungen
 - Gesundheit der Schüler: Schulärztlicher Dienst und Schulpsychologischer Dienst
 - Finanzierung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
 - Institut für Österreichische Geschichtsforschung
 - Assistenzeinsatz des Bundesheeres im Grenzgebiet; Follow-up-Überprüfung
- Reihe Bund 2013/2 Bericht des Rechnungshofes
- Vergabepraxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk
 - MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst
 - Luftraumüberwachungsflugzeuge – Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung
- Reihe Bund 2013/3 Bericht des Rechnungshofes
- Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien
 - Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht
 - Wellcon Gesellschaft für Prävention und Arbeitsmedizin GmbH
 - Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in den LKH Mittersill und Tamsweg, in den KH Zell am See und Oberndorf sowie im KH der Barmherzigen Brüder in Salzburg
 - Diplomatische Akademie Wien
 - A 23 – Anschlussstelle Simmering
- Reihe Bund 2013/4 Bericht des Rechnungshofes
- Wiener Stadterweiterungsfonds
 - Öffentlichkeitsarbeit des BMLFUW
 - IT-Strukturen und Beschaffung in der Zentralstelle des BMLFUW
 - Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
 - ART FOR ART Kreativ-Werkstätten GmbH
- Reihe Bund 2013/5 Bericht des Rechnungshofes
- Personalplanung im Bereich der Bundeslehrer
 - Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.: Konjunkturbelebungspaket II (2008) und ressortspezifische Bauprogramme; Neubau des Institutsgebäudes für Technische Chemie der TU Wien
 - Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
 - Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007

- Reihe Bund 2013/6 Bericht des Rechnungshofes
- Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung
 - System der Lebensmittelsicherheit im Bund sowie in den Ländern Salzburg und Vorarlberg
 - Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei
 - Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems
- Reihe Bund 2013/7 Bericht des Rechnungshofes
- Zusammenarbeit Bund - Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien
 - Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen
 - Förderung für Kleinunternehmen durch Konjunkturpakete; ERP-Kleinkreditprogramm und Programme für die Länder Kärnten und Vorarlberg
 - Lakeside Science & Technology-Park GmbH
 - Kennzahlenvergleich Volksoper Wien - Komische Oper Berlin
 - Planungs-, Budgetierungs- und Controlling-Tool des Bundes; Follow-up-Überprüfung
 - Polizei-Notruf; Follow-up-Überprüfung
- Reihe Bund 2013/8 Bericht des Rechnungshofes
- Arbeitnehmerschutz in Österreich
 - Kanalsanierung in Gemeinden und Gemeindeverbänden der Länder Kärnten, Oberösterreich und Salzburg
 - Studienvoranmeldung sowie Studieneingangs- und Orientierungsphase
 - Außendienstpräsenz der Wiener Polizei; Follow-up-Überprüfung
 - Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern; Follow-up-Überprüfung
- Reihe Bund 2013/9 Bericht des Rechnungshofes
- Land Salzburg - Finanzielle Lage
- Reihe Bund 2013/10 Bericht des Rechnungshofes
- Münze Österreich Aktiengesellschaft
 - Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLW GmbH
 - Austrian Institute of Technology GmbH betreffend Forschungsprojekt UniversAAL
 - Schulbuchaktion; Follow-up-Überprüfung
 - Bundesanstalt für Alpenländische Milchwirtschaft; Follow-up-Überprüfung
 - Effektivität der behördlichen Ermittlungsmaßnahmen; Follow-up-Überprüfung



- Reihe Bund 2013/11 Bericht des Rechnungshofes
- EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften
 - Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige
 - ÖBB-Unternehmensgruppe: Unternehmensstruktur und Beteiligungsmanagement
 - ÖBB-Postbus GmbH: Leistungsangebot und Finanzierung
- Reihe Bund 2013/12 Bericht des Rechnungshofes
- Modellversuche Neue Mittelschule
 - Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in Krankenanstalten Vorarlbergs
 - Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG; Follow-up-Überprüfung
 - via donau - Österreichische Wasserstraßen Gesellschaft mbH
 - Kraftwerk Tegesbach Errichtungs- und BetriebsgmbH

**R
H**

